

Parlamentseröffnung.

Der Reichsrat ist heute wieder zusammengetreten. Fast volle drei Jahr ist es her, seitdem Graf Stürggh die Volksvertretung auseinandergelassen hat, um sich in seiner Stellung zu halten. Hätte das Parlament damals mehr politische Einsicht gezeigt, dann hätte Stürggh gehen müssen und die Volksvertretung wäre geblieben. Wie viel Elend wäre uns so erspart geblieben. Der Mann, der sich die Kraft und das Recht zusprach, einen Dreißig-Millionen-Staat während des Krieges ohne den Rat und die Aufsicht des Parlaments zu regieren, steht heute vor unserem geistigen Auge als ein kleiner, schwacher, selbststüchtiger Mensch, dem wir kaum die Fähigkeiten einer Durchschnittsbegabung zusprechen können. Ohne jemandem verantwortlich zu sein, erlief in Österreich während einer in der Weltgeschichte beispiellosen wirtschaftlichen Umwälzung ein solcher Mann Verordnungen und hatte dabei noch den Ehrgeiz, nicht „kopieren“ zu wollen. Die Früchte haben wir genossen. Die Miswirtschaft in unserer Lebensmittelversorgung, die grenzenlose Ausnützung der Kriegsnot durch Erzeuger und Händler, die Verirrungen in der Rechtspflege, die Willkür in der Handhabung der Zensur und des Versammlungsrechtes, sie alle wären nicht möglich gewesen, wäre im Laufe dieser drei Jahre eine Volksvertretung — und wäre sie selbst die schlechteste — auch nur in kurzen Tagungen beisammen gewesen.

Beide, die Regierung sowohl wie das Parlament, müssen aus diesen bitteren Erfahrungen lernen. Wir glauben nicht, daß in der Regierung des Grafen Clam Männer sind, deren geistiger Zuschnitt den des Grafen Stürggh übertrifft. Worin sie ihn übertragen können, das ist die Redlichkeit und Selbsteinsicht, die sich sagt, daß in den Tagen des Sturzes der russischen Autokratie ein europäischer Staat ohne die Mitarbeit der Volksvertretung nicht regiert werden kann. Und das Abgeordnetenhaus selbst — es wird sich sagen müssen, daß seine Tätigkeit nie mehr in die Sadgasse treiben darf, an deren Ende § 14-Verordnungen stehen. So schwierig die Verhältnisse heute liegen, es scheint nicht allzu schwer, diese Geschicklichkeit aufzubringen. Wenn das Parlament sich in den kommenden Tagen nur aus den großen Sorgen des Tages heraus reden wird, dann wird es keine Regierung wagen dürfen, sich über die Volksvertretung hinwegzusetzen. Aber es müssen die wirklichen Sorgen des Tages sein. Das sind nicht die nationalen, sondern die sozialen und wirtschaftlichen Fragen und die Fragen der Außenpolitik. Das Parlament wird über Nahrung und Kleidung und vor allem, weil alles davon abhängt, über den Frieden reden müssen, mit ebensoviel Entschlossenheit wie Verständnis. Dann wird es eine Macht sein und Einfluß üben.

Der Abgeordnete Dr. Groß hat heute in seiner Antrittsrede als Präsident des Abgeordnetenhauses einen ähnlichen Gedankengang entwickelt, wie er hier dargelegt wurde. Die Einsicht und der gute Wille sind also offenbar vorhanden. Es bleibt abzuwarten, ob auch das nötige Talent und politische Geschick da ist, um Einsicht und guten Willen auch entsprechend zu betätigen. Man muß gestehen, daß die Erfahrungen, welche die Bevölkerung mit ihren Abgeordneten noch im Frieden gemacht hat, durchaus schlecht sind und wenn man nur aus diesen Erfahrungen Schlüsse auf die Zukunft machen wollte, so ergäbe sich nur wenig Zubersticht. Allein man muß damit rechnen, daß die Abgeordneten im Krieg gelernt haben, zumindest soviel gelernt, wie der Mann von der Straße, der heute sehr genau weiß, worauf es ankommt und deshalb ganz bestimmte Hoffnungen auf das Haus setzt. Es ist an den Abgeordneten, diese Erwartungen zu erfüllen. Sie müssen sich sagen, daß sie noch nie mit so kritischen und unerbittlichen Blicken beobachtet worden sind wie jetzt. Wenn sie sich nicht bewähren, so läge die Schuld nur an ihnen. Nicht etwa, wie die Reaktionäre aller Lager behaupten, daran, daß der Nationalitätenstaat Österreich nicht verfassungsmäßig regiert werden kann. Noch einmal sei es gesagt: daran könnte es nie liegen, sondern es wäre nur die persönliche Schuld der Volksvertreter, die jetzt im Haus sitzen. Man darf sich einiges davon versprechen, daß die Herren das wissen und alles mögliche daran setzen werden, bei kommenden Neuwahlen nicht mit der Schmach vollkommener Unfähigkeit beladen zu sein.